



Herrn
Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

21. August 2014

**Vorlage 2014/0136 „Sicherstellung der Schulsozialarbeit“
Ergänzungsantrag**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden **Ergänzungsantrag** zur **Vorlage 2014/0136** mit auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung am Montag, 25.08.2014, zu setzen.

Der vorliegende Beschlussentwurf soll um folgende Passage ergänzt werden:

3, Der Anspruch der Stadt Leverkusen an das Land NRW bzw. den Bund zur Finanzierung - oder zumindest Mitfinanzierung - der Fortführung der im Jahre 2011 initiierten Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) bleibt weiterhin bestehen.

Für den Fall, dass in der Folge laufender Bemühungen doch noch Landes- und/oder Bundesmittel als Komplementärmittel zur Verfügung gestellt werden, werden die dadurch freiwerdenden Finanzmittel ausschließlich für die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit eingesetzt.

Begründung:

Der Rat der Stadt Leverkusen wies bereits früher mehrmals auf die Verantwortung des Bundes und des Landes bei der Förderung der Schulsozialarbeit hin, zuletzt in der Vorlage 2432/2013 v. 11.10.2013 (einstimmiger Ratsbeschluss v. 14.10.2013).

Dort heißt es u.a.:

"3. [...] verhandelt die Stadt mit dem Land NRW und Trägern der Schulsozialarbeit, um die Finanzierung der Stellen – zumindest als Überleitungsmaßnahme bis zu einer Bund-Länder-Regelung - durch eine Aufteilung der Kosten zwischen dem Land NRW, den Kommunen (hier die Stadt Leverkusen) als Schulträger sowie den Trägern der Schulsozialarbeit zu erreichen.

[...]

Noch einmal werden die im Rat vertretenen Parteien aufgefordert, auf Bundes- und Landesebene darauf zu drängen, dass nach der BuT-Initiativphase des Bundes Schulsozialarbeit unbefristet Bestandteil des Schullebens wird. Die Landes- und die Bundesregierung sollen sich auf die dauerhafte Übernahme der Finanzierung zumindest der bestehenden Stellen verständigen."

Der Rat der Stadt Leverkusen zollt der bisher hervorragend geleisteten Arbeit in der Schulsozialarbeit ausdrücklich Anerkennung und sieht die absolute Notwendigkeit einer auf Dauer angelegte begleitende und fördernde Jugendsozialarbeit in Schulen - auch als präventive Maßnahmen. Gesellschaftspolitisch wäre ein Verzicht auf die eingeführte Sozialarbeit nicht hinnehmbar.

Der Rat handelt hier situationsbedingt mit hoher Eigenverantwortung gegenüber den Leverkusener Bürgerinnen und Bürgern und erwartet unabdingbar, dass das Land NRW und der Bund sich nicht ihrer jeweils eigenen Verantwortung entziehen.

Mit freundlichen Grüßen



Bernhard Marewski
(Ratsherr)

CDU

gez.

Bündnis 90/Die Grünen

gez.

Opladen plus